



Positionspapier zur weiteren Stärkung von Lehre und Forschung durch ein nationales E-Government Kompetenzzentrum

Die Mitglieder des Fachbereichs und der Fachgruppe unterstützen die von der AG3 des IT-Gipfels formulierte Zielsetzung zur Gründung eines E-Government Kompetenzzentrums zur Verbesserung des Beitrages von Forschung und Lehre im Kontext staatlicher Modernisierung.

Konkret sehen wir den Bedarf einer starken Vernetzung und eines erforderlichen Austausches zwischen Wissenschaft und Praxis, wie er von uns seit Jahrzehnten mit unseren wissenschaftlichen Konferenzen und Fachtagungen, insbesondere der Fachtagung Verwaltungsinformatik (FTVI), gelebt wird. Fachbereich und Fachgruppe verfolgen seit jeher interdisziplinäre Ansätze und verbinden Wissen aus den Verwaltungswissenschaften, der Rechtswissenschaft, Organisationswissenschaft, Arbeitswissenschaft und Politikwissenschaft einerseits sowie der Informatik andererseits. Die noch jungen Wissenschaften Verwaltungsinformatik, Rechtsinformatik und Wirtschaftsinformatik sind konsequent interdisziplinär ausgerichtet.

Unser Fundament: Memorandum E-Government und E-Government Forschungsplan

Bereits mit unserem [Memorandum E-Government](#) (2000) und unserem [E-Government Forschungsplan](#) (2005) haben wir wichtige Forderungen zur weiteren Entwicklung des E-Governments und zum staatlichen Wandel aufgestellt. Diese sind aktueller denn je:

- Förderung von Konzepten zu E-Government einschließlich deren Finanzierung
- Qualifizierungsoffensive für die in der Verwaltung beschäftigten Mitarbeiter
- Verbesserung der informationstechnischen Infrastruktur der Verwaltung
- Auflegen eines Forschungs- und Entwicklungsprogramms E-Government mit einem Volumen von 300-400 Mio. Euro mit den Inhalten: Beobachtung der Entwicklung von E-Government weltweit (Observation), Sicherung von Erfahrungskapital (Evaluierung), Entwicklung von Referenzmodellen (Gestaltung), Folgen- und Wirkungsforschung
- Forschungsverbund „Öffentliche Dienstleistungen in der Netzwerkgesellschaft“
- Schwerpunktprogramme zur gezielten Forschungsförderung von Einzelprojekten
- Organisierter Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis
- Einbindung der Wissenschaft in die staatliche Reformorganisation
- Schaffung einer angemessenen Hochschulinfrastruktur

„Nur wenn alle gesellschaftlichen Kräfte gebündelt werden, kann das ehrgeizige Projekt Verwaltungsmodernisierung durch E-Government tatsächlich verwirklicht werden.“ formulierte es Prof. Lenk bereits im Kontext des Memorandums. Diese Forderungen sollten und wollen wir auch weiterhin verfolgen. Zur Umsetzung ist jedoch „das gleichzeitige und gemeinsame Engagement von Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung“ gefordert.



Unsere Vorstellungen zu einem nationalen E-Government Kompetenzzentrum

Ein nationales E-Government Kompetenzzentrum kann unseres Erachtens aber nur dann seine volle Wirksamkeit entfalten, wenn alle relevanten Akteure und Organisationen ohne Bevorzugung einzelner eingebunden werden. In einem föderalen Mehrebenensystem, in dem Bund, Länder und Kommunen gleichberechtigt eingebunden seien sollten, einer von Interessen gesteuerten Wirtschaft und einer eher disziplinenbezogenen Wissenschaftslandschaft besteht jedoch die Gefahr, dass Eigeninteressen zu stark in den Vordergrund rücken und einige Organisationsgruppen oder Akteure übergangen werden. Ohne die erforderliche Offenheit könnte die Akzeptanz der Einrichtung leiden. Gerade weil in Deutschland die Wissenschaftslandschaft zum Themenfeld E-Government bisher vergleichsweise klein ist, darf auf keine Expertise verzichtet werden. Eintrittsbarrieren wirken kontraproduktiv, geht es doch um eine Vernetzung vorhandener Cluster in Deutschland, eine Stärkung erfolgreicher Aktivitäten und neue Formen der Zusammenarbeit von Wissenschaft mit Politik, Verwaltung und Wirtschaft.

Ergänzend zu einem Forschungsverbund, der sich über ein nationales E-Government Kompetenzzentrum organisieren könnte, favorisieren wir weiterhin die Idee von Schwerpunktprogrammen zur gezielten Förderung von Einzelprojekten zu aktuellen Forschungsthemen, einen organisierten Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis, eine verstärkte Einbindung der Wissenschaft in die staatliche Reformorganisation und die Schaffung einer angemessenen Hochschulinfrastruktur.

Da Lehre und Forschung von den Hochschulen, Universitäten und Forschungseinrichtungen eigenverantwortlich angeboten werden, sollte die Attraktivität eines E-Government-Angebots durch Forschungsprogramme, Kooperationen und Stiftungsprofessuren erhöht werden. Voraussetzung ist insbesondere eine aufgabenadäquate Personal- und Finanzausstattung, gerade mit Blick auf einen sich an der Wirtschaftsinformatik orientierenden erheblichen Ausbau der Verwaltungsinformatik in der Fläche. Ohne Stellen für Professoren und den künftigen wissenschaftlichen Nachwuchs kann langfristig eine nachhaltige, am Bedarf der Praxis orientierte und hochwertige Lehre und Forschung nicht sichergestellt werden. Stiftungsprofessuren, also aus Drittmitteln finanzierte Lehrstühle, sind dort willkommen, wo sich Stifter und Hochschulen auf eine Zusammenarbeit unter Wahrung von Autonomie und Forschungsfreiheit einigen können. Zudem könnte eine auf die Laufzeit von Forschungs- und Entwicklungsprojekten begrenzt bewilligte Lehrdeputatsermäßigung die Attraktivität von eigener Forschung weiter erhöhen.

Aus unserer Sicht werden zudem vier bis sechs zusätzliche Professuren sicherlich nicht ausreichen, um in Deutschland wirklich alle erforderlichen Wissensgebiete des E-Government abzubilden. Der vorgelegte Entwurf verlangt nach Generalisten, die ihr eigenes Fachgebiet in Lehre und Forschung komplett abdecken müssen. Es besteht dann nur begrenzter Raum für neue interdisziplinäre Impulse. Auch aus diesem Grunde favorisieren wir eine zusätzliche und über ganz Deutschland verteilte Förderung von Forschungsschwerpunkten mit entsprechend aufgesetzten Projekten. Ansonsten besteht die Gefahr, dass künftig nur noch einige wenige Professoren in Berlin von den national bereitgestellten Mitteln profitieren werden.

Im Namen der Fachgruppe Verwaltungsinformatik der Gesellschaft für Informatik, 01.09.2011

Prof. Dr. Jörn von Lucke (Sprecher)

Prof. Dr. Dagmar Lück-Schneider (Stellv. Sprecherin)